

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt“

Erstausgabe: Sonntag von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.
Preis: 10 Pfennig. Druck: 10.000.

Wöchentlich

12 Ausgaben.



Vertrag:

„Tagblatt“ Nr. 655-58.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.
Preis: 10 Pfennig. Druck: 10.000.

Wegensprei: Vom Verlag bezogen: Nr. 24.50, durch die Ausgabestellen bezogen: Nr. 25.—, durch die Träger ins Haus gebracht: Nr. 26.— monatlich. — Bezugsbedingungen nehmen an: den Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. —

Wegensprei: Öffentliche Anzeigen Nr. 4.—, Finanz- und Realisations-Anzeigen Nr. 6.—, ausserordentliche Anzeigen Nr. 8.—, sonstige Anzeigen Nr. 10.—, für die einseitige Kolonisation oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entfallen die Nachschüsse. — Schluß der Anzeigen-Nachnahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Blücherstraße 12, Fernsprecher: Amt Marienplatz 15300.

Samstag, 17. Juni 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 278. • 70. Jahrgang.

Deutschlands Abschied von Oberschlesien.

Das Räumungsabkommen über Oberschlesien ist unterzeichnet. Nach langer Unfreiheit des unglücklichen Landes muß die interalliierte Besatzung zurückgezogen werden, das Land kehrt in den Verband des Deutschen Reiches, der alten Heimat, zurück. Aber es ist nicht alles. Zerrissen ist ein Gebiet, das in mehr als einer Hinsicht nur als ein Ganzes weiter existieren kann, wo namentlich eine wirtschaftliche Grenze überhaupt nicht zu ziehen ist und wieder einmal müssen Deutsche sich unter polnische Herrschaft begeben. Die Grenzen sind notifiziert, aber nicht anerkannt. Als erster Tag der Räumung ist der 17. Juni bestimmt. Dieses ist der Termin, an dem sich das verlorene Gebiet Oberschlesien vom deutschen Mutterlande trennen muß und diesen Tag begeht Deutschland in allgemeiner Landesträuer.

Oberschlesien ist nicht das einzige Gebiet, das durch den Friedensvertrag verloren gegangen ist. Wir haben bereits deutliche Beweise, wie es deutschen Ländern ergeht, die unter polnische Herrschaft gekommen sind. Auf neue wird der Schmerz wach über den Verlust von Westpreußen und Posen, die Polen ohne Zustimmung zugewiesen wurden, aus denen die deutschen Eigentümer flüchten mußten und die, die zurückgeblieben sind, in schwerster Bedrängnis hoffen, daß doch einmal der Tag kommen möge, an dem sie wieder vereint mit Deutschland ihre Kultur und ihre Wirtschaft retten können. Wir haben es erlebt, wie der Minderheitenschutz von polnischer Antikultur mißhandelt wird, wie die Deutschen von Haus und Hof vertrieben, einzeln in größter Bedrängnis in die alte deutsche Heimat flüchteten und wir haben zum Teil die Auswanderung aus Oberschlesien bereits in den letzten Wochen sehen müssen. Die, die zurückgeblieben sind, werden bald nachfolgen. „Was“, was Deutschland tun konnte, um die Lage seiner Landesfinder zu erleichtern, ist geschehen. Die deutsche Kommission unter Schillers Vorsitz hat das Menschenmögliche getan, um wenigstens formell die Garantien zu schaffen, daß die Deutschen im abgetretenen Gebiet ein menschenwürdiges Dasein führen können. Wir werden ihrer nicht vergessen, und wir haben es durch Protest deutlich zum Ausdruck gebracht, daß wir die Lösung nicht als endgültig ansehen. Das ist ein Trost für die Scheidenden, eine Hoffnung für das gesamte Deutsche Reich und eine Notwendigkeit, die sich aus der Entwicklung ergeben wird. Die Landesträuer am Tage des Abschieds mag den Scheidenden zum Trost dienen, denen wir vertrauen, daß sie ihr Deutschtum und ihre deutsche Würde und Kultur auch unter dem polnischen Regime-treu bewahren!

Ein Trauertag für Deutschland.

W. T. B. Berlin, 16. Juni. Der Reichspräsident, die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung erlassen folgenden Aufruf:

„Ein Trauertag ist angebrochen, den zu vermissen wir drei Jahre heiß kämpften! Ein Teil Oberschlesiens wird heute einem fremden Staatsverband einverleibt; ein Teil des Landes, dessen Unzertrennlichkeit so oft von den Staatsmännern und Sachverständigen aller Länder, am meisten aber von den Oberschlesiern selbst betont wurde, ein kostbares Stück deutscher Erde, das in jahrhundertlangem Arbeit durch deutschen Fleiß und deutsche Tüchtigkeit zur höchsten wirtschaftlichen Blüte gebracht worden ist, wird dadurch vom Mutterlande losgerissen. Nach den ersten Friedensbedingungen sollte ganz Oberschlesien kurzerhand Polen zugesprochen werden. Eine der wenigen Änderungen, die in Versailles durchgeführt werden konnten, war das Zugeständnis der Abstimmung. Die Oberschlesier wissen, unter wie vielen Hemmungen und Bedrohungen, ja wie selbst unter Gefahr für Leib und Leben die deutsche Bevölkerung an vielen Orten abstimmen mußte. Trotzdem und trotz der wenig verlockenden Lage Deutschlands sprach sich eine große Mehrheit für das alte Vaterland aus. Nunmehr aber hieß es plötzlich, daß Oberschlesien teilbar sei. Vergeblich waren unsere Bemühungen, die Widersacher zu überzeugen, daß nicht nur die Verpflichtungen des Versailler Vertrages, sondern auch das Gebot der wirtschaftlichen Vernunft die Einheit fordere. Der Genfer Spruch zerschchnitt diesen blühenden, lebendigen Organismus grausam. Gegen diesen Spruch legten wir für alle Zeiten gültige Verwahrung ein.

Oberschlesier, die Ihr heute von uns scheiden müßt, Euch rufen wir die letzten Abschiedsgrüße zu. Habt Dank für Eure Treue! Die Gefühle, womit Ihr diesen Tag erlebt, teilt mit Euch das deutsche

Volk. Wir bemühten uns, durch ein Abkommen mit Polen Euch und ganz Oberschlesien nach Möglichkeit zu helfen. Auf klarer Rechtsgrundlage soll Euch vor allem das Gut erhalten werden, woran Ihr hängt wie wir: die deutsche Kulturgemeinschaft, die deutsche Sprache, das deutsche Heimatgefühl.

Oberschlesier, die Ihr bei uns bleibt, die Ihr nach jahrelangem Dulden und Harten der Fesseln der Fremdherrschaft ledig werdet: Seid gewiß, daß wir Euch nach Kräften helfen werden, die schweren Wunden zu heilen, welche Euch die Jahre der Bedrückung geschlagen haben. Unter dem Schutze des Rechts und der Freiheit werdet Ihr wieder Eurer friedlichen Beschäftigung nachgehen und mit uns an dem Wiederaufbau unseres Vaterlandes arbeiten. Ihr werdet Euch durch die berechnete Erbsitterung zu keiner ungeschicklichen Handlung verführen lassen; Ihr werdet das in Genuß geschlossene Abkommen wahren. Ihr wißt, daß eine Kommission unter neutraler Führung über den Schutz der Rechte der Polen hier und der Deutschen dort wachen wird und daß Ihr Euren Volksgenossen jenseits der neuen Grenze keinen Dienst leisten würdet, wenn Ihr für das Erduldeten Vergeltung üben wolltet.

Oberschlesier! In der Schicksalsstunde, die Euer Heimatland zerreißt, die Bruder vom Bruder trennt, reicht Euch das ganze deutsche Volk die Hand.“

W. T. B. Darmstadt, 16. Juni. Die hessische Regierung hat angeordnet, daß aus Anlaß des Verlustes ober-schlesischer Gebietsteile am morgigen Samstag die Gebäude der Staats- und der Kommunalbehörden halbmast zu flaggen haben.

Die deutschen Besatzungstruppen für Oberschlesien.

Br. Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Wie der „Täglichen Rundschau“ aus Breslau gemeldet wird, nahmen an der Wiederbesetzung des deutschbleibenden Teiles von Oberschlesien an deutschen Truppen teil: Das 1. Bataillon des Inf.-Regts. 7 Bries, das 1. Bataillon des Inf.-Regts. 5 Stettin, das 2. Bataillon des Inf.-Regts. 12 Quedlinburg, das Reiter-Regt. 7 Breslau-Ohlau, das Reiter-Regt. 11 Lübeck und Neustadt in Oberschlesien, die 1. Batterie des Art.-Regts. 2 Stettin, die 1. Batterie des Art.-Regts. 4 Halberstadt. Die Leitung dieser Verbände liegt in den Händen des Kommandostabes Oberschlesien, dessen Kommandeur Generalmajor Freiherr von Ledebour, Kommandant von Breslau, sein wird. Von den angeführten Truppenteilen verbleiben ständig in Oberschlesien: das 1. Bataillon des Inf.-Regts. Bries, mit dem Standort Oppeln, und die 4 Eskadron des Reiter-Regts. 7 Ohlau, mit dem Standort im Reiterfreizeidublin. Die Aufenthaltszeit der anderen Truppen wird von den Verhältnissen in Oberschlesien abhängen.

Eine Erklärung der Bevollmächtigten gegen die Gewalttätigkeiten.

W. T. B. Oppeln, 17. Juni. Der deutsche und der polnische Bevollmächtigte für die Verhandlungen, betr. die Abgabe des ober-schlesischen Abstammungsgebietes, veröffentlichen folgende Erklärung:

Seitens der deutschen und der polnischen Regierung werden die Gewalttätigkeiten, die in letzter Zeit in Oberschlesien mit dem Ziel begangen werden, einen Teil der ober-schlesischen Bevölkerung von ihrem Wohnsitz zu verjagen, aufs schärfste verurteilt. Diese Gewalttätigkeiten erscheinen um so unerwünschter und zweckloser, als die beiden Regierungen die bestimmte Absicht haben, sobald sie die Verwaltung der ihnen zugesprochenen Gebiete in die Hand genommen haben, den Vertriebenen die Rückkehr zu ermöglichen und dafür zu sorgen, daß sie an ihrem Wohnsitz bleiben können. In den vorangehenden unterzeichneten Übergabebestimmungen wurde ausdrücklich festgelegt, daß, sobald ein Kreis den deutschen oder polnischen Behörden übergeben worden ist, der Kreis sich ohne weiteres unter die Herrschaft der deutschen bzw. der polnischen Regierung stellt. Diese sind für die allgemeine Ordnung und Sicherheit des Kreises verantwortlich, insbesondere für die Sicherheit der zivilen oder militärischen Angehörigen der Regierungskommission, soweit diese sich noch in den Kreisen aufhalten sollten.

Es darf also wohl von der Einheit der Bevölkerung Oberschlesiens erwartet werden, daß sie sich dieser Verantwortung bewußt bleibt und alles unterlassen wird, was dazu führen könnte, eine Regierung für die Unbequemlichkeit einzelner Vertriebenen haftbar zu machen.

Ablehnung des Polizeietats im sächsischen Landtag.

W. T. B. Dresden, 16. Juni. Der Landtag hat den Polizeietat mit dem Regierungsentwurf über die Neuorganisation der staatlichen Polizei mit den Stimmen der Bürgerlichen und der Kommunisten abgelehnt.

Die politische Auswirkung dieser Abstimmung dürfte noch etwas auf sich warten lassen, da erst die Gesamtabstimmung über den Etat erfolgen muß; erst dann wird sich entscheiden, ob die Regierung zurücktreten wird oder ob der Landtag selbst seine Auflösung beschließt.

Eine kleine Anleihe für Deutschland?

Br. Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Trotz des in Paris erfolgten Vememts durch die Reparationskommission erhalten sich tatsächlich die Gerüchte von dem Vorschlag einer kleinen Anleihe, den das Garantiefomitee der deutschen Regierung überbringen soll. Die Berliner Korrespondenz, die die betreffende Meldung verbreitete, verifiziert wieder ausdrücklich, in Regierungskreisen und in den Kreisen der deutschen Sachverständigen der Genuelegation sei man der Überzeugung, daß die Reparationskommission tatsächlich Verhandlungen wegen einer kleinen Anleihe mit der deutschen Regierung einleiten will. Darüber, welche Form diese Anleihe annehmen soll, wird erst gesprochen werden können, wenn erstens die englisch-französischen Verhandlungen in London beendet sind, und zweitens das Garantiefomitee in Berlin festgestellt hat, welche Maßnahmen die deutsche Regierung übertrifft zur Sicherstellung der Anleihe vorzuschlagen gedenkt.

Das Garantiefomitee, das am Montag in Berlin eintrifft, ist zwar nicht bevollmächtigt, direkte Verhandlungen über eine kleine Anleihe mit der deutschen Regierung zu führen, es hat jedoch den Auftrag, die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung für die Fundierung einer solchen Anleihe zu prüfen und festzustellen, welche finanziellen Maßnahmen von der deutschen Regierung getroffen werden müssen, um die Begebung einer kleinen Anleihe zu ermöglichen. Die Rändia in Berlin weilenden Bevollmächtigten der Reparationskommission prüfen seit längerer Zeit die Frage einer kleinen Anleihe. Es wurden auch inoffizielle Besprechungen zwischen einzelnen deutschen Beauftragten der Reparationskommission und deutschen Finanzsachverständigen über die Möglichkeit und Aussehen einer kleinen Anleihe geführt. Dabei hat sich gezeigt, daß weder bei den französischen noch bei den deutschen Sachverständigen eine große Vorliebe für die kleine Anleihe zu finden ist. Frankreich würde auf diesem Wege nicht die nötigen Mittel erhalten, die es zur Sanierung seiner Finanzen braucht, während für Deutschland eine kleine Anleihe eine nur zeitweilige Festigung des Marktes bedeuten würde.

Die deutschen Zahlungen.

Am. Paris, 16. Juni. Die Reparationskommission veröffentlicht folgende Mitteilung: Die deutsche Regierung leistete am 15. Juni an die vom Garantiefomitee bezeichneten Banken eine Zahlung von ungefähr 50 Millionen Goldmark. Dies ist die dritte monatliche Zahlung, die von der Kommission in ihrer Entscheidung vom 21. März vorgeschrieben war. Die erste Zahlung betrug 18 Millionen, die zweite 50 Millionen Goldmark. Sie wurden am 15. April bzw. 15. Mai geleistet.

Annahme des Bemelman-Abkommens durch die Reparationskommission.

D. Paris, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Reparationskommission hat gestern das berüchtigte sogenannte Bemelman-Abkommen vom Februar endgültig angenommen. So daß diese Vereinbarungen nach Ratifizierung durch den deutschen Reichstag sofort in Kraft treten können. Das Abkommen hatte bekanntlich den Zweck, die Methoden der deutschen Sachleistungen zur Reparationszahlung zu erleichtern. Wie berichtet wird, wurde die Nichtausführung des Wiesbadener Abkommens vom 8. Oktober 1921 damit erklärt, daß das angebliche Seltener der Beilegung deutscher Fabrikkate zu kompliziert sei. In Wahrheit lagen wohl andere Gründe vor, die auf den deutschen Großindustriellen Frankreichs zurückzuführen sind. Daß die Reparationskommission endlich das von ihr selbst ins Leben gerufene Bemelman-Abkommen für brauchbar erachtet hat, ist den Bemühungen Boincarés zuzuschreiben, der nach dem Ausgange der Anleiheverhandlungen besonders nachdrücklich auf die in mäßigem Umfang zu bewerkstelligenden Sachleistungen legte. Die französischen Geschäftsmänner und Fabrikanten können nunmehr direkt ihre Bestellungen bei deutschen Häusern anfragen. Die Beträge für die bezogenen Waren werden dem Deutschen Reich auf das Reparationskonto gutgeschrieben.

Anfragen über das Reparationsproblem in der französischen Kammer.

W. T. B. Paris, 17. Juni. Der sozialistische Abgeordnete Leon Blum hat eine Interpellation eingereicht über die Art und Weise, wie die französische Regierung das Reparationsproblem aufhebt und wie sie nunmehr den Vertrag von Versailles und den Londoner Zahlungsplan anzuwenden gedenkt. Andererseits hat der rechtssozialistische Abgeordnete Vincent Auriol ebenfalls eine Interpellation eingereicht, die als die Folge des Entschlusses des Anleiheauschusses bezeichnet werden kann. Auch dieser Abgeordnete wünscht Auskunft über die Maßnahmen, die die Regierung zur Wiederherstellung der französischen wirtschaftlichen Lage Frankreichs zu treffen gedenkt, damit in praktischer und endgültiger Weise das Reparationsproblem einer Lösung entgegengeführt werde.

Eine Rede des Marshalls Petain.

W. T. B. Paris, 16. Juni. (Drahtbericht.) Marshall Petain trat in einer bei einer Verdun-Rundgebung des freien Kirchenbundes gehaltenen Rede dem Vorwurf entgegen, daß Frankreich eine imperialistische und militaristische Macht sei. Seit 44 Jahren hat das Deutsche Reich, um den französischen Nationalcharakter zu verleumden, Frankreich als unheilbar chauvinistisch und herrschaftstüchtig hingestellt. Zu diesem Zweck hat Deutschland die Hilfsmittel einer übertriebenen Propaganda angewandt. Petain fragte, können wir unterem Friedensbedürfnis nachgeben, wenn der Ruf „Deutschland, Deutschland über alles“ immer noch von jenseits des Rheines herüberhallt; können wir die Drohungen nicht verstehen, die in den herausfordernden Reden und aggressiven Presseartikeln enthalten sind, die uns jeden Augenblick erinnern, daß der Feind keine Waffen noch nicht niedergelegt hat? Petain sagte: Gleichgültigkeit gegen einen solchen Zustand der Dinge würde eine verwerfliche Nachlässigkeit bedeuten.

Die Schlichtungsordnung vor dem Reichstag.

Br. Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Nach Erledigung einiger kleineren Anfragen in der Freitagssitzung des Reichstages beantragte Abg. Dittmann (U. S.), daß die verschiedenen Interpellationen über die Königsberger und bayerischen Demonstrationen zur Verhandlung kämen. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen und Kommunisten abgelehnt.

Die Vorlagen über die Zwangsanleihe und die Einkommensteuer wurden gegen die Stimmen der beiden Linksparteien von der Tagesordnung abgelehnt.

Der Gesetzentwurf, durch den die Besätze aus der Unfallversicherung für Gefangene verschafft werden, wurde in allen drei Lesungen angenommen.

Der Entwurf eines Ausführungsgesetzes wurde ohne Aussprache dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiesen.

In allen drei Lesungen wurde dann der Gesetzentwurf, durch den die Vergütungen für Quartierleistungen an die Reichswehr erhöht werden, debattiert und angenommen.

Es folgte die erste Beratung des Entwurfs einer Schlichtungsordnung.

Abg. Giesel (Soz.) machte eine Anzahl Vorbehalte. Hand aber der Vorlage impathisch gegenüber. Er betonte, für die freien Gewerkschaften sei der Streik immer nur das letzte Mittel gewesen. Jedoch wollte keine Partei vom Schlichtungsweg nichts wissen.

Arbeitsminister Dr. Brauns begründete dann den Gesetzentwurf in eingehender Rede und verlangte, daß die Wirtschaftskämpfe aus Mindestmaß beschränkt und die friedliche Verständigung erleichtert werde.

Abg. Ehrhardt (Zentr.) meinte, auch seine Partei habe dem Gesetz durchaus impathisch gegenüber. In die Stelle der wirtschaftlichen Maßnahmen müsse das wirtschaftliche Recht treten. Streik und Aussperrung dürften nicht Selbstzweck sein.

Abg. Graf-Thüring (D.-Nat.) erklärte namens seiner Partei, sie sei bereit, an der Ausgestaltung der Schlichtungsordnung tatkräftig mitzuwirken.

Abg. Aufhäuser (U. S.) wandte sich scharf gegen die Schlichtungsordnung, da sie eine soziale Unterdrückung bedeute.

Abg. Dr. Rosenbauer (D. Nat.) hielt in der Vorlage ein Zurückdrängen des Klassenkampfes. Die Vorlage sei kein Antistatist.

In ähnlichem Sinne sprach sich der Abg. Dr. Fild (Dem.) aus, der jedoch an Stelle der vielen Beamten im Schlichtungswesen die Selbstverwaltung der Arbeiter und Arbeitnehmer wünschte.

Um 6.30 Uhr vertagte sich das Haus auf Samstagmittag 12 Uhr mit der Tagesordnung: Zwangsanleihe und Erbschaftsteuer.

Eine Sitzung des Reichskabinetts.

Br. Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Während am Freitag im Plenarsaal des Reichstages die Schlichtungsordnung behandelt wurde, trat in den hinteren Räumen des Reichstages das Kabinett zusammen, um einmal die laufenden Geschäfte zu erledigen und ferner sich über das Programm der nächsten Tage zu besprechen. Am Montag und Dienstag soll die große politische Debatte stattfinden, bei der der Reichskanzler das Wort ergreifen wird. Die Zwangsanleihe ist wie auch aus volksparteilichen Kreisen betont wird, keineswegs, wie vielfach behauptet wurde, gefährdet, da die Deutsche Volkspartei nach wie vor an ihrem Programm festhält, jedoch die Erbschaftsteuerfragen mit hineinzuziehen will ein Verlangen, das wohl kaum auf besondere Schwierigkeiten hindeutet. Schwieriger gestaltet sich jedoch das Problem des Umlageverfahrens, das der Regierung zurzeit tatsächlich wohl allerlei Kopfschmerzen macht, ohne daß man direkt von einer Krise sprechen kann. Sicher liegt in dem Ergebnis der Abstimmung eine Gefahr für das Kabinett und wohl auch aus diesem Grunde begann der Kanzler die Besprechungen mit den einzelnen Parteiführern, die in den nächsten Tagen fortgesetzt werden sollen. Über auch die Parlamentarier der Regierungsparteien, die sich bisher gegen das Umlageverfahren ausgesprochen haben, sind zum Teil schon jetzt anderer Ansicht, da sie leben, daß man mit dieser wirtschaftlichen Frage politische Zwecke verknüpft, und es ist kaum anzunehmen, daß sich viele Abgeordnete, die zur Regierung gehören, hierzu abzuwenden lassen werden. Da das Wirtschaftsjahr bald seinem Ende zugeht, müssen selbstverständlich die Fragen des Umlageverfahrens noch ihre Erledigung finden. Bevor der Reichstag in Berlin geht und die Kommission, die den Gesetzentwurf zu beraten hat, dürfte bereits im Laufe der nächsten Woche die Durchberatung zu Ende führen. Auf jeden Fall wird die nächste Woche eine Menge politisch interessanter Tage bringen.

Berliner Theaterbrief.

Berlin, Mitte Juni.

Die junge Dichtergeneration, der sich seit ein paar Jahren unsere Bühnen mit einer oft erstaunlichen Bereitwilligkeit erschließen — eine Generation, deren Jugend sich vielfach mehr im geistigen Niveau als im Lebensalter ausdrückt — kennt letzten Endes nur ein Problem: den Gegensatz zwischen Alt und Jung. Daß dies Problem von Anbeginn an alles Geschehen beherrscht, daß es daher von übertragender Bedeutung ist, kann man gewiss nicht verkennen. Aber der Unterschied zwischen den Werken, in denen die Dramatiker unserer Zeit mit ihm fertig zu werden suchen, und den Dichtungen der Klassiker liegt darin, daß unsere Zeitgenossen völlig und bewußt zur egozentrischen Betrachtung sich bekennen. Sie suchen nicht für belohndes Ich in der Welt, sondern die Welt in dem gar nicht belohndes Ich darzustellen. Darum machen sie auch fast nie von dem höchsten Recht, der letzten Willkür des Dichters Gebrauch, objektiv insoweit zu sein, als er auf alle seine Geschöpfe einen Strahl seines Verständnisses fallen läßt. Diese jungen Dichter kennen nur den einen dramatischen Satz: gegen die Väter. Daß auch bei den Vätern Empfindungen zu sehen sind, davon wollen sie nichts wissen. Darin liegt ja gerade der besondere Wert von von der Götters Friesendrama „Vater und Sohn“, daß hier eine Antithese vorgenommen, daß Rechte gegeneinander abgemessen werden.

Von solcher Antithese ist Arnold Bronnen weit entfernt, dessen (schon in Frankfurt a. M. aufgeführtes und lehrreichst beobachtetes) Drama „Vatermord“ nach einer heftig umkämpften Ratinee nun in den Kammern spielen mit Gewalt in einem Serienerfolg gebracht werden soll. Bronnen will den Gegensatz zur letzten Bollendung treiben, will zeigen, erklären, wie aus ihm schließlich das grauenhafte Verbrechen des Vatermordes erwächst. Er versucht das mit Mitteln, die ein Teil der Berliner Kritik als die höchste Blüte des Expressionismus erklären will. In der Tat aber geht er von einer durchaus naturalistischen Milieubildung aus, gibt ein Familiendrama, dessen sich Gerhart Hauptmann in seiner Jugend nicht hätte zu schämen brauchen, und erwidert ganz mit den Mitteln des letzten Naturalismus ohne stilles äußeres Geschehen die Katastrophe aus dem Willen heraus. Aufgeweckte männliche Geister weht hier der Nord, nicht niedergedrücktes Gefühl der Jugend. Daß in diesem Bronnen ein starkes und unmathebares Gefühl lebt, ist sicher. Ob er ein Neuer, ein Starter wird, bleibt abzuwarten. Bei seinem „Vatermord“ kann man ganz ruhig, ohne innere Erschütterung sitzen, weil man das Empfinden nicht los wird: Hier ist Konstitution. Hier ist gewollte Scheuklappen. Hier geht es aus jeder

Die Getreideumlage vom Reichstag angenommen.

Br. Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichstag, der am Freitag in den späten Abendstunden tagte, beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf über die Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922. Die Vorlage verlangt wieder wie im Vorjahr eine Umlage von 2½ Millionen Tonnen. In der Vollziehung ist der Reichsrat mit großer Mehrheit den Beschlüssen seiner Ausschüsse, die sich auf dem Boden der Regierungsvorlage stellten, beigetreten. Der Gesetzentwurf hat jedoch gegenüber dem vorjährigen Gesetz wesentliche Änderungen erfahren, indem auf Grund der vorjährigen Erfahrungen mancherlei Härten ausgeglichen wurden und in manchen Punkten der Landwirtschaft entgegenkommen gezeigt wurde. Die Umlagepreise werden wesentlich höher werden als die bisherigen. Der Landwirtschaft soll außer den Herstellungskosten auch ein angemessener Unternehmergewinn und eine gewisse Sicherheit gegen eine künftige Steigerung der Erzeugerkosten gegeben werden. Ein einheitlicher Preis für das ganze Erntejahr, wie er 1921 festgesetzt war, soll mit Rücksicht auf die Unsicherheit der künftigen Entwicklung des Standes der Mark nicht bestimmt werden.

Angenommen wurde ein bayerischer Antrag, monach der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft mit Zustimmung des Reichsrats Vorschriften erlassen soll über die Verwertung der aus dem öffentlich bewirtschafteten Getreide entfallenen Kleie.

Die badische Regierung ließ erklären, daß sie der Vorlage zwar zustimme, aber gegen die Höhe der auf Baden entfallenden Umlage Protest erhebe und ersuche, vor der endgültigen Festsetzung, die badischen Wünsche einer Nachprüfung zu unterziehen.

Die Abstimmung ergab 49 Stimmen für und 16 Stimmen gegen die Vorlage.

Preussischer Landtag.

Br. Berlin, 17. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Im preussischen Landtag wurde am Freitag die zweite Beratung des Haushalts des Ministeriums des Innern in Verbindung mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs wegen Feststellung des Haushalts der Schusspols für das Rechnungsjahr 1921 fortgesetzt.

Abg. Voennark (Zentr.) vertrittete sich über die Fragen der Vorführung des Verwaltungsausschusses und über Einzelheiten der Verwaltungsreform und kam dann auf die besetzten Gebiete, speziell auf das Rheinland, zu sprechen. Er erklärte als Rheinländer, daß dort kein ausländischer Mensch an Postenbesetzungen denke. So lange das Rheinland noch besetzt sei, sei jede staatsrechtliche Veränderung abzulehnen.

Abg. Dr. Leidia (D. Nat.) hob in seinen Ausführungen hervor, Koalitionspolitik sei die Basis der Zurückhaltung der eigenen parteipolitischen Einstellung und nur sie könne uns wieder emporführen zu positiver Mitarbeit am dem Aufbau unseres aequierten Vaterlandes.

Abg. Rahold (U. S.) griff die Rechte scharf an und wies auf die Gefahr eines Rechtsmissbrauches hin.

Minister Severing hielt der äußersten Linken vor, sie hätte keine Ursache, von nationalsozialistischem Rumor zu sprechen. Im besetzten Rheinland hätten sich sogar erteilte Freiheiten selbst die Kommunisten für das Verbleiben bei Preußen erklärt. In die Welle der Deutschnationalen richtete er die Mahnung, mit dem Namen des großen Feldmarschalls keine politischen Geschäfte zu machen. Die Regierung hoffe in der Lage zu sein, dem Landtag im Herbst einen Gesetzentwurf wegen der Reform des Disziplinarrates vorzulegen. Der Minister bat, da die politische Spannung gegenwärtig besonders hoch sei, in der nächsten Zeit die politischen Leidenchaften einzudämmen. In der republikanischen Arbeiterschaft und dem demokratischen Bürgertum dürften alle Berührungen, die Republik zu gefährden, scheitern. Darum aber möge man nicht gleich in jeder Regimentsfeier oder sozialistischen Jugendveranstaltungen eine Gefahr sehen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Samstagvormittag 11 Uhr vertagt.

Szene in phantastischer. Aber vielleicht wird einmal das echte Gefühl allein die Szene beherrschen, unbefleht um die Wirkung. Diesmal wurde die Echtheit sehr leicht durch die außerordentlich harte Wiederholung des Wortes in einer, nur zu dunkel gehaltenen Inszenierung verblüffend. Brachpohl das Unreife, Arabenhafte, Unterdrückte, Zwangs, aus dem die männliche Leidenschaft um so greller vorbricht, die alkoholische Engherzigkeit und das verfröhen Gefühl Granats, des Paters, die aufgeschauelte Sinnlichkeit der Strauß (Mutter).

Inzwischen registern sonst die Sommerdirektionen. In der Tribune will Frau Sibba Landos literarisches Theater machen. Der Mut verdient Anerkennung, auch wenn er Dollars als einen leicht realen Hintergrund hat. Sie begann mit einem Heinrich Mann-Abend, der „Der Torquato“, „Die Unschuldigen“ und „Variété“ brachte. Mann spielen, ist immer wieder, aber trotzdem bleibt der Abend langweilig. Das gekünstelte Feuerwerk macht noch keinen Eindruck. Die Deklamation aller drei Akte ist Dagna Servos. Sie macht das mit viel Gewandtheit und schon ganz Diva, ganz Protagonistin. „Variété“ wurde leider von ihr und ihren Mitspielern unter Leitung von Emil Lind verstandenlos zu Lobe parodiert.

Trotzdem, lieber sich bei Mann langweilen als bei Leo Walter Stein und Rudolf Prescher, deren neues „Lustspiel“ der Sommerdirektor Lutz Hoff im Lustspieltheater herauszubringen den traurigen Mut hatte. Es heißt „Kuchengard“, und ich warne Reue. Daß ein Rudolf Prescher so tief sinken konnte, wird mir ewig unverständlich bleiben. Es war furchtbar, trostlos, von Dagonlaufen. Was ich glücklicherweise auch hinreichend frühzeitig getan habe! Erich Köhler.

Aus Kunst und Leben.

Die Eröffnung der Akademie für Philosophie. Aus Erlangen wird uns geschrieben: Die Kant-Gesellschaft, deren gewaltige Ausdehnung erst vergangene Woche wieder — anlässlich der Tagung in Halle — offenbar wurde, hat eine Sitzung erhalten, die an Umfang alles ausschlägt, was in den letzten Jahren in Deutschland an wissenschaftlichen Sunden geboten wurde. Der Industrielle Dr. Rolf Hoffmann hat das aus dem Burgberg in Erlangen gelegene Bestimmung des verstorbenen Erlanger Universitätsprofessors Kohnthal erworben, es zu einer Akademie für Philosophie ausbauen lassen und der Kant-Gesellschaft zur Verfügung gestellt. Diese Akademie ist am 13. d. M. in Anwesenheit vieler Gelehrter aus dem Inland und dem Ausland eröffnet worden. Die Akademie ist auf einer Anhöhe oberhalb

Die Haager Borkonferenz.

W.T.B. Haag, 16. Juni. (Niederl. Korz. Bur.) Heute vormittag 11 Uhr trat die Konferenz zu einer Sitzung zusammen zur Besprechung der Beschlüsse der Konferenz von Genue. Es wurde eine Kommission für die russische Angelegenheit ernannt, die in drei Unterkommissionen zerfällt, eine für die Staatsschulden, eine für das Privatvermögen und eine für die Kredite. Die Sitzung dauerte bis 1 Uhr.

W.T.B. Haag, 16. Juni. Die zweite Vollversammlung der Haager Konferenz beschäftigte sich heute vormittag unter dem Vorsitz von Kornebeek mit der Organisation der Kommission für die russischen Angelegenheiten. Die Grundlage der Beratungen bildete ein Antrag des belgischen Delegierten Gattier. Dilem Antrag gemäß wurde beschlossen, daß die russische Kommission aus 12 Mitgliedern bestehen soll, die in drei Unterkommissionen zerfällt. Jede dieser drei Unterkommissionen soll aus 4 Mitgliedern bestehen; ihre Zahl soll evtl. auf drei ausgedehnt werden. Die Delegationen, die in dieser russischen Kommission vertreten sind, werden durch Sachverständige sowie durch einen Sekretär und einen Ratgeber unterstützt. Die Mitglieder der Kommission werden vor Montag ernannt.

In der Nachmittagsitzung beriet die Konferenz über den Charakter und die Tätigkeit der Kommission. Man kam überein, dieser Tätigkeit einen rein technischen Charakter zu geben unter Ausschluß aller politischen Fragen.

W.T.B. London, 16. Juni. Reuter meldet aus dem Haag, nicht nur in britischen, sondern auch in französischen Kreisen herrsche ein außerordentlich günstiges Bild der Aussichten der Konferenz. Der französische Gesandte im Haag, Benoit, habe Poincaré telegraphisch seine Befriedigung zum Ausdruck gebracht.

W.T.B. London, 17. Juni. Reuter meldet aus dem Haag, es werde als hinreichend und befriedigend angesehen, daß nicht ein Staat den Rumpf zum Ausdruck gebracht habe, in der Kommission nicht vertreten zu sein. Das Interesse, das an den Beratungen der Konferenz gezeigt werde, sei im allgemeinen sehr gut.

W.T.B. London, 16. Juni. Bättermeldungen aus dem Haag zufolge sei es kein Geheimnis, daß alles getan werde, um die Verhandlungen nicht zu sehr zu beschleunigen bevor Lord George und Poincaré in London am Montag zusammengetroffen sind, da die russische Frage zwischen den beiden Premierministern sicher erörtert werde.

W.T.B. London, 16. Juni. Reuter erklärt, daß die Delegation der Sowjetregierung für die Haager Konferenz sich folgendermaßen zusammensetzt: Litwinow (Vorsitzender), Kravinski, Rakowski und Sokolnikow. Die Delegation werde von einem Stab von elf Beratern begleitet.

Die Unterredung zwischen Lord George und Poincaré.

W.T.B. London, 17. Juni. Poincaré ist mit seiner Gattin kurz vor 11 Uhr gestern abend in London eingetroffen. Lord George, der an einem Essen zu Ehren des Kronprinzen von Schweden teilnahm, war auf dem Bahnhof durch seinen Privatsekretär Edward Gria vertreten.

Die „Times“ begrüßte Poincaré als den Vertreter des England nachstehenden der alliierten Länder.

W.T.B. Paris, 17. Juni. Über die bevorstehende Unterredung Lord Georges und Poincarés schreibt der „Petit Parisien“:

Ganz Frankreich wünscht lebhaft, daß die beiden Ministerpräsidenten die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, um die Wollen zu verwickeln, die sich seit einigen Monaten über die beiden Länder erheben konnten. Es ist unmöglich, daß England und Frankreich sich wegen eines Sowjetrußlands, wo die schwere Krankheit Lenin von einem Tag zum anderen vollkommen das russische Problem umwälzen kann, verurteilen. Beide Länder sind zu große muslimantische Mächte, daran interessiert, die Türkei zu haben und zwei zu alte Freunde Griechenlands, um nicht einen Ausweg zu finden, der den Krieg im nahen Osten zu Ende brächte. Endlich darf die Frage der Herabsetzung der deutschen Schuld Frankreich und England nicht mehr trennen. Lord George und Poincaré lie an die Frage der Annulierung der interalliierten Schulden geknüpft haben, auch die Frage der Sanktionen nicht mehr, wenn — wie es scheint — die französische Regierung gegebenenfalls andere Zwangsmahnahmen ins Auge faßt, als die Besetzung des Ruhrgebietes, die so ernstlich unsere britischen Freunde chstigt.

W.T.B. London, 16. Juni. „Evening Standard“ berichtet, daß zu dem Frühstück das Lord George am Montag zu Ehren Poincarés werden wird, auch der britische Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon geladen worden ist.

Erlangens gelegen. Das Hauptgebäude gleicht einem Palast. Neben Konferenzsitzungen, Beratungen, Vorträgen enthält es Privaträume für etwa 15 Gelehrte. Jeder Gelehrte hat ein Wohnzimmer, ein Bibliothek und einen Schlafraum. Mit dem Bau vor weiteren Häusern, für Studentenwohnungen, Bibliotheken, Lehrstühle, hat man bereits begonnen. Parterre Gärten, Lauben, Gartenhäuser, Obst- und Gemüsearten in größtem Ausmaß umgeben die Gebäude. Allein die Bücher und die Kunstwerke, die zu dieser Sitzung gehören, haben einen Wert von Millionen. Der Wert der gesamten Stiftung fällt nicht klein. Aber Dr. Hoffmann hat noch mehr geleistet: Er hat auch die Mittel zur Unterhaltung der Akademie bereitgestellt. Die Gelehrten, die an der Akademie für Philosophie Kurse abhören werden, wohnen hier umsonst, haben freie Verpflegung und werden für ihre Lehrtätigkeit honoriert. Auch die deutschen Studierenden sollen nach Möglichkeit freie Verpflegung haben. Die ausländischen Studierenden dagegen leisten entsprechende Vergütung. Die Bestimmung dieser Akademie für Philosophie, der ersten und einzigen der Welt, hinterläßt den Eindruck, daß es sich hier um eine fast amerikanische Stiftung handelt. Den Philosophen aller Welt will die Akademie Gelegenheit bieten, in Ruhe ihre Studien fortzusetzen, in Ruhe ihre Werke zu vollenden, Gedankenaustausch zwischen den Gelehrten aus aller Welt soll in der Akademie stattfinden. Kurse sollen veranstaltet werden, ein Zentrum aller Philosophie soll entstehen. Daß der Gedanke auf fruchtbaren Boden gefallen ist, beweisen die außerordentlich harte Teilnahme von Gelehrten aus der ganzen Welt an der Eröffnungsfest, die begeisterten Ansprachen der Redner — an der Spitze Geheimrat Hoffmann, der Begründer der Kant-Gesellschaft — und die jetzt schon erfolgte Anmeldung von Professoren, selbst aus China, Amerika, Indien, England, zur Aufnahme in der Akademie für Philosophie. M. F.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Der Präsident der Deutschen Bühnengemeinschaft Gustav Ridel wird am 21. Juni 60 Jahre alt. Ursprünglich sollte Ridel Kaufmann werden, aber es zog ihn zum Theater. Schon in der Mitte der Achtziger Jahre trat er in Hanau auf. Jahrzehnte hat er am Berliner Schiller-Theater und an den Bühnen Otto Brahm gewirkt. Unter Lautenburg hat er am Residenz-Theater als Regisseur manchen Kompi gegen allzu eifrige Gedächtnisse ausgetrieben. Er spielte die ersten und auch die letzten Charakterrollen vieler Männer. Im Jahre 1914 wurde Gustav Ridel als Nachfolger Hermann Müllers zum Präsidenten der Bühnengemeinschaft gewählt, die unter seiner Leitung einen selbstbewussten und nordischen Aussehen erlangt.

Die Finanz- und Wirtschaftslage der Stadt Wiesbaden.

Die Etatsrede des Stadtkämmerers Schulte.

Stadtordnungsbeschluss vom 16. Juni 1922.

Die gestrige Stadtordnungsbeschluss, in der die Mitglieder zahlreich erschienen waren, verzeichnete als 1. Punkt der Tagesordnung: Vorlage des Haushaltsplans für 1922 und Mitteilung des Magistrats zu demselben mit dem Antrag, am 23. Juni 1922 die Generalbesprechung stattfinden zu lassen. — Stadtordnungsbeschluss: Geh. Justizrat Dr. Alberti erteilte dazu

Stadtkämmerer Schulte

Das Wort, der etwa folgendes ausführt: Im Sinne von Anregungen des Magistrats, die im vorigen Jahre bezüglich der Beratung der Haushaltspläne gegeben wurden, haben in diesem Jahr Etatskommission, Finanzdeputation und Finanzausschuss gemeinsam den Haushaltsplan vorbereitet. Mitglieder der Etatskommission haben an den Deputationsberatungen teilgenommen und den Haushaltsplan von seinen ersten Anfängen an überwacht. Der so, und zwar nach dem Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse vom 1. Februar 1922 aufgestellte Haushaltsplan schließt mit einer Gesamtschuld von rund 388 Millionen Mark ab. Während der Zusammenstellung der Ergebnisse der Beratungen in den Deputationen und des Drucks des Etats zeigte sich aber ein starkes, bisher noch nicht gekanntes Anwachsen sowohl der tatsächlichen als auch der persönlichen Kosten, das es für unendlich ersucht wurde, durch einen Nachtrag nach dem Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse vom 20. April eine Richtigerstellung vorzunehmen. Hierbei mußten die Ausgaben um 138 Millionen Mark erhöht werden, so daß die Gesamtschuldsumme auf 526 Millionen Mark, also fast eine halbe Milliarde übersteigt. Das starke Anwachsen der Ausgaben um 138 Millionen Mark innerhalb zweier Monate zeigt die unvorstellbare Richtigkeit der bereits wiederholt behaupteten Tatsache, daß die Etatsberatungen nicht mehr wie früher einmal im Jahre stattfinden können, sondern daß sie sich über das ganze Jahr verteilen müssen. Daß die Stadtordnung in diesem Sinne bereits behandelt hat, geht aus dem Etat für 1922 — Ordentliche Einnahmen — bei-

2900 Buchungsstellen verzeichnet sind. Ein solcher Haushaltsplan verursacht an Kosten allein für Papier und Druck 150 000 M. und stellt sich naturgemäß noch bedeutend teurer, wenn die Personalkosten hinzugezogen werden, die bei der Kämmerer und den einzelnen Verwaltungen für die Aufstellung des Haushaltsplans aufgewendet werden müssen. Je nachdem, wie weit der Bereich der zum Etat gehörigen Kosten geht und wie groß die Auflage des Etats gewählt wird, schwanken die Herstellungskosten für 1 Druckstück zwischen 400 und 3000 M. Berücksichtigt man diesen hohen Kosten gegenüber die Tatsache, daß die im Etat verzeichneten Ausgaben sich während der Beratungen in den Deputationen und der Drucklegung um 138 Millionen Mark geändert haben, die nicht auf die einzelnen Titel und Positionen des Voranschlags verteilt werden könnten, dann muß allseitig ausgegeben werden, daß der tatsächliche Wert der bereits überholten Zahlen diese Aufwendungen nicht rechtfertigt. Der Magistrat hat in Rücksicht auf die künftigen wirtschaftlichen Verhältnisse dem Etat als Anlage eine Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben sowie eine statistische Unterlage der Einnahmen und Ausgaben, und zwar beide Zusammenstellungen je für die einzelnen Ämter und für die einzelnen Verwaltungsbereiche, beigefügt. Diese Anlagen geben einen weitgehenden Aufschluß über Einzelheiten des Etats, und zwar des um den Nachtragetat vermehrten, wie es durch den Haushaltsplan selbst niemals erreicht werden kann. Für die Zukunft ist nun, um den

völlig veränderten Verhältnissen

Rechnung zu tragen, beabsichtigt, einerseits die Buchungsstellen des gedruckten Etats von 2900 auf rund 700 heruntersetzen, d. h. im wesentlichen nur noch die Titel, nicht aber mehr die Positionen des letzten Etats, zu drucken, andererseits aber die statistischen Anlagen zum Haushaltsplan weiter auszubauen. Dem Magistrat schwebt hierbei als Endziel ein Haushaltsplan vor, der aus 50 Seiten Haushaltsplan und ebenso vielen Seiten Statistik besteht. Die Stadtordnungs-Versammlung wird gebeten, zu dieser Frage Stellung zu nehmen, die auch in anderen Städten zurzeit zur Beratung steht, jedoch nicht so einfach gelöst werden konnte, wie es in Wiesbaden auf Grund des Systems der Trennung von Haushaltsplan, Buchführung und Statistik möglich ist.

Die Bilanzierung der Einnahmen und Ausgaben.

Wenn die Körperschaften im Sinne der Vorläufe des Magistrats eine Wirtschaftsdarstellung und einen Wirtschaftsausweis einreichen, dann werden diese in der Lage sein, fortlaufend die gesamte Verwaltungstätigkeit zu überwachen und die Maßnahmen zur Erzielung von Ersparnissen zu beraten. Solche Ersparnisse sind aber unbedingt notwendig, da die im Haushaltsplan vorgesehenen Ausgaben sicherlich wieder eine weitere wesentliche Steigerung erfahren werden, für die dann eine Deckung ganz außerordentlich schwer zu finden sein wird. Es wird jetzt schon der Stadtordnungs-Versammlung nicht leicht fallen, die vorgeschlagenen 11 Anträge zu genehmigen. So wird z. B. die Erhöhung der Gewerbesteuer von 1200 auf 2400 Prozent der staatlichen Veranlagung von den betroffenen Kreisen schwer empfunden werden; zur Verminderung von Mißständen ist aber ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die 2400 Prozent Zuschlag sich auf die Veranlagung 1921, also auf die vorjährige, beziehen, so daß, wenn die neue diesjährige Veranlagung herauskommt, an dem des im Haushaltsplan vorgesehenen Gesamtaufkommens von 30 Millionen Mark der Zuschlag neu berechnet wird. Die Höhe des Etats, eine Neuregelung der Gewerbesteuer vorzunehmen, ist bis jetzt nicht verwirklicht worden, so daß auch Wiesbaden sich gezwungen sah, die Neuregelung seiner Gewerbesteuer noch hinauszuschieben. Um aber den Gewerbetreibenden einen festen Anhalt für die beabsichtigte Neuregelung zu geben, ist der Gesamtertrag der Steuer auf 30 Millionen Mark festgelegt worden, die bei der Neuregelung nicht überschritten werden sollen. Dieser Betrag wird erreicht, wenn durchschnittlich jeder Gewerbetreibende für ein Halbjahr 1922 das Doppelte von dem Betrag zahlt, welchen er für das letzte halbe Jahr 1921 zahlen mußte. Unter Berücksichtigung dieser Erklärung erscheint der Satz von 2400 Prozent Zuschlag zur staatlichen Veranlagung im Vergleich zu den Gewerbesteuern in anderen Städten noch erträglich. Von großer Bedeutung für die Bilanzierung des Haushaltsplans ist noch, wie vor das Aufkommen aus der Einkommensteuer. Während aber vor Einführung der Reichseinkommensteuer die Gemeinden das Aufschlagsrecht zur staatlichen Einkommensteuer hatten und daher jederzeit wußten, wie viel sie aus der Einkommensteuer zu erwarten hatten, sind heute die Gemeinden auf die Zufälle aus der Reichseinkommensteuer angewiesen, für die nicht einmal für das Jahr 1920 endgültige Zahlen feststehen. Die als Einnahme aus der Reichseinkommensteuer in den Haushaltsplan eingezeichnete Beträge beruhen daher auf Schätzungen, die jedoch auf Grund vorhandener Unterlagen möglichst genau vorgenommen sind und bestimmt nicht zu niedrig gegriffen wurden. Weil aber auch diese optimistischen Schätzungen nicht ausreichen, die Einnahmen und Ausgaben zu balancieren, müssen noch 6,3 Millionen Mark eingenommen werden als Zuweisung aus dem sogenannten Steuerhinterlassenschaftsfond. Da eine Ermäßigung der Ausgaben nicht erreicht werden kann und die Einnahmen so hoch als möglich bemessen sind, wird auch der Stadtordnungs-Versammlung nichts anderes übrig bleiben, als die vorgeschlagenen Deputationsanträge zu genehmigen. Die Anträge selbst gehen nicht über das hinaus, was andere Großstädte ihren Bürgern auferlegen müssen, und entsprechen eben aus der allgemeinen wirtschaftlichen Lage Deutschlands. So weit diese überaus traurige Lage es zuläßt, können

die Finanzen Wiesbadens als gesund bezeichnet

werden. Der Magistrat ist laufend bemüht, sich über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Stadt ein klares Bild zu verschaffen, und legt deshalb auch in den Anlagen zum Haushaltsplan 1922 eine statistische Unterlage der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Ämter sowohl als auch der einzelnen Verwaltungsbereiche vor. Finanzausschuss und Stadtordnungs-Versammlung werden diese Aufstellungen zur eingehenden Prüfung empfohlen. An dieser Stelle soll nur ein Gesamtüberblick über die wirtschaftliche Lage der Stadt dadurch gegeben werden, daß die großen Verwaltungsbereiche wieder zu noch größeren Zusammengefaßten werden. Wie in den Dienstverträgen für das Buchungsstellen der Stadtordnung ausgeführt ist, betreffen die Ausgaben der Stadtordnung in der Folge für

die Bedienung der Bedürfnisse der Bürger.

So weit diese Bedürfnisse körperliche sind, wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung usw., sind sie in die Verwaltungsbereiche der „Lebensmittelversorgung“ und „Wohnung, Siedlung und Verkehr“ zusammengefaßt. Hier zeigt sich nun, daß die Bedürfnisse für die körperlichen Bedürfnisse infolge der bei den Wasser- und Lichtwerten erzielten Überbisse im ganzen nur einen Zuschlag von 1,9 Millionen Mark erfordert, praktisch also auf

diesem Gebiet sich Einnahmen und Ausgaben ausgleichen. Demgegenüber beansprucht die Sorge für die geistigen Bedürfnisse, wie sie unter „Schulverwaltung“ und „Wissenschaft und Kunst“ zusammengefaßt sind, einen Zuschlag von 42 Millionen Mark; ferner sind für die „Soziale Fürsorge“, wenn man zu ihr auch die „Gesundheitspflege“ rechnet, rund 29 Millionen Mark erforderlich. Für die gesamte Stadtverwaltung einschließlich Finanzverwaltung werden dagegen nur 29 Millionen Mark gebraucht; in diesen sind aber noch u. a. enthalten die der Gemeinde durch Erhebung von Staatsaufgaben erwachsenden Unkosten in Höhe von 6 Millionen Mark, die Aufwendungen der Finanzverwaltung für die aus dem Krieg stammenden und andere allgemeine Lasten in Höhe von 5 Millionen Mark und ferner die zur freien Verfügung der Körperschaften gestellten 2 Millionen Mark; so daß für die eigentliche Stadtverwaltung nur 15 Millionen Mark übrig bleiben. Für die Kur- und Bäderverwaltung, die immer noch den Lebensnerv der Stadt bedeutet, sind nur 4,3 Millionen Mark erforderlich.

Diese Zahlen charakterisieren die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse. 42 Millionen Mark für Schulen, Wissenschaft und Kunst und 29 Millionen Mark für Soziale Fürsorge, insgesamt also 71 Millionen Mark Zuschläge auf die Verwaltung. Diese 71 Millionen Mark beanspruchen von den rund 100 Millionen Mark Steuern neben Zehntel, und bedeuten eine eindringliche Mahnung, die Bilanzierung des Haushaltsplans nicht von kleinlichen, vielmehr von großen, ja von ganz großen Gesichtspunkten aus zu betrachten.

Die außerordentliche Verwaltung, die in früheren Jahren eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle gespielt hat, gelangt in diesem Jahre zu einer weit größeren Bedeutung. Sie schließt mit rund 74 Millionen Mark für Neubauten ab. Dieser Betrag ist aber nach dem Preisstand vom 1. Februar d. J. ermittelt, also inzwischen weit überholt. Beinahe die Hälfte der Bauten des Wasserwerks für die Erweiterung seiner Gewinnungsanlagen in Schierstein im Haushaltsplan mit 12 Millionen Mark eingezeichnet, tatsächlich würden aber zur Durchführung der geplanten Bauten 45 Millionen Mark erforderlich sein; auch nach Reduzierung des etatistischen Bauprogramms glaubt das Wasserwerk immer noch 35 Millionen Mark fordern zu müssen. Wenn also alle von den Verwaltungen vorgelegten Bauten in dem geplanten Umfang zur Ausführung kommen würden, dann müßte der etatistische Bedarf von 74 Millionen Mark fast verdoppelt werden. Nun sind aber die Städte gar nicht in der Lage, große Kapitalien für ihre Bauprogramme aufzubringen, weil sich auf dem Anleihemarkt ganz allgemein ein Mangel an Anlagekapital und dem Kapital geltend macht. Die Körperschaften, die bekanntlich für jeden größeren Bau in der außerordentlichen Verwaltung noch ein besonderes Projekt vorgelegt erhalten, müssen daher bei ihren jeweiligen Beschäftigungen die Frage prüfen, ob es auch gelingen wird, die erforderlichen Kapitalien aufzubringen. Wenn sie eine genügende Kapitalbeschaffung nicht für möglich halten, dann müssen sie eine Verringerung des Bauprogramms oder eine völlige Aufgabe desselben in Erwägung ziehen. Diese rein geldlichen Verhältnisse spielen vor allem eine ausschlaggebende Rolle bei den

Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot.

Für Wohnungsbauten an der Clarenthafer Straße und am Unterischwarzenberg sind 25 Millionen Mark vorgesehen, die jedoch infolge der Preissteigerungen in den letzten Monaten bei weitem nicht mehr ausreichen. Der Magistrat ist jedoch der Auffassung, daß die geplanten Bauten an der Clarenthafer Straße ganz und am Unterischwarzenberg in einem gewissen Umfang unter allen Umständen in Angriff genommen werden sollten, weil die Größe der Wohnungsmangel hierzu zwingt. Nun besteht für die Beschaffung von Mitteln für Wohnungsbau eine besondere Schwierigkeit, und zwar in der sogenannten Wohnungsbauabgabe. Diese Abgabe soll nämlich nicht nur zur Finanzierung und Tilgung der zu Wohnungsbau verwendeten Kapitalien, sondern unmittelbar auch zur Aufbringung der Mittel selbst verwendet werden. Bereits im vorigen Jahr ist diese Wohnungsbauabgabe eingeführt worden, jedoch entfielen dem Antrag des Magistrats nicht mit 15 Prozent, sondern nur mit 5 Prozent vom Gebäudewert, welcher ungefähr der Friedensmiete entspricht. Für 1922 war zuerst beabsichtigt, alle zur Fertigstellung der im vorigen Jahr begonnenen und für dieses Jahr geplanten Bauten erforderlichen Mittel ausschließlich durch die Wohnungsbauabgabe aufzubringen. Diese Abgabe wurde jedoch aufgegeben, nachdem auch die anderen Städte sich zu einem so weitgehenden Schritt nicht entschließen konnten. Es wird daher der Stadtordnungs-Versammlung eine Wohnungsbauabgabe nur in Höhe von 7,5 Prozent vorgeschlagen, zu der allerdings noch 25 Prozent für den Staat treten, so daß insgesamt immerhin 100 Prozent der Friedensmiete zur Erhebung gelangen. Über die durch diese Wohnungsbauabgabe der Stadt zufließenden Mittel hinaus, die auf 18 Millionen Mark geschätzt werden, soll später im Wege der Aufnahme von Darlehen, insbesondere bei der Landesversicherungsanstalt, das erforderliche Kapital beschafft werden. Eine städtische Wohnungsbauabgabe von 7,5 Prozent wird viele Kreise der Bevölkerung, besonders hier in Wiesbaden, ganz außerordentlich hart treffen, deshalb konnte ich auch der Magistrat nicht den Bestrebungen nachgehen, die gerade in letzter Zeit aufkommen sind und dahin zielen, schon jetzt Abgaben von 30 bis 500 Prozent zu erheben; Wiesbaden möchte auch in diesem Fall zunächst einen Mittelweg einschlagen, indem es hierbei von folgender Erwägung ausgeht: Die städtische Wohnungsbauabgabe von 7,5 Prozent wird vielen Familien die Notwendigkeit vor Augen führen sich in den Wohnverhältnissen einzukürzen und zu suchen, mit anderen Familien zusammenzusuchen. Diese freiwillige Zusammenlegung von Wohnungen hat dann dieselbe Wirkung wie der Neubau von Wohnungen und ist bei der trostlosen wirtschaftlichen Lage Deutschlands auf die Dauer sowieso unvermeidlich.

Die Betrachtung der ordentlichen Verwaltung konnte damit zusammengefaßt werden, daß für den vorliegenden Haushaltsplan nur eine Beurteilung nach großen Gesichtspunkten in Frage kommen kann; die der außerordentlichen Verwaltung läßt nur die gleiche Schlussfolgerung zu. Möge daher auch die Generalbesprechung am kommenden Freitag unter dem Zeichen der großen Gesichtspunkte stehen!

Eine Debatte schloß sich nicht an; man war viel mehr überempfindlich, daß am nächsten Freitag eine besondere Sitzung abgehalten, und heute sofort in der

Tagesordnung

weiterzuführen. Das Projekt, betr. den Umbau des Arbeitshauses in ein Säuglings- und Mutterheim.

begehrte Stadt. Bildner für den Bauauschuss, indem er ausführte, daß das Arbeitshaus einen wesentlichen

Deckungsmittel von 36,7 Millionen Mark

und im Verlaufe zu dem Gesamtmehrbedarf von 308 Millionen Mark verhältnismäßig gering; trotzdem werden die Beschlässe der Stadtordnungs-Versammlung ebenfalls schwer fallen wie dem Magistrat, da sie in einem Augenblick gefaßt werden müssen, in dem die Belastung der Bürger durch die bisherigen Steuern, Gebühren und Tarife bereits schon eine fast unerträgliche geworden ist. Die 11 Anträge sind mit den erforderlichen Unterlagen dem Finanzausschuss bereits zugestellt worden, der seinerseits für die einzelnen Reiteranten bekannt hat. Die Mitglieder des Finanzausschusses erhalten so Gelegenheit, sich über die Einzelheiten der Anträge zu unterrichten und dann in ihren Fraktionen Aufklärung zu geben schon vor der Generaldebatte, die vom Magistrat für den 23. d. M. vorgeschlagen wird. Diese Aufklärung wird sich auch erstrecken können auf die errechneten Mehreinnahmen aus der Einkommensteuer und auf die aus der natürlichen Steigerung der Betriebsleistungen und der Preise sich ergebenden Mehreinnahmen von 80,8 Millionen Mark. An dieser Stelle sei daher nur die grundsätzliche Aufklärung des Magistrats zum vorliegenden Haushaltsplan kurz skizziert.

Die Verminderung der Ausgaben.

Die Deputationen haben alles versucht, die Ausgaben so weit als irgend möglich einzukürzen. So z. B. sind in der Straßenunterhaltung und reinigend und reinigend so starke Einschränkungen vorgesehen worden, daß es zweifelhaft sein kann, ob man nicht über das zulässige Maß bereits hinausgegangen ist. Eine solche so starke Einschränkung hat sich z. B. schon bei der Straßenbeleuchtung geltend gemacht, bei der man sich gezwungen sah, wieder Mehrleistungen eintreten zu lassen. Auch die Gartenverwaltung hat die Unterhaltung der Anlagen so weit eingeschränkt, daß der Charakter Wiesbadens als Kurstadt eine weitere Einschränkung kaum zuläßt. In der Verminderung des Personals ist dauernd gearbeitet worden, wie der Stadtordnungs-Versammlung aus einem besonderen Bericht, der gelegentlich der Vorläufe über die Verwaltungsreform gegeben wurde, bekannt ist. Die Verminderung wird auch laufend fortgesetzt; es zeigt sich aber schon bei allseitig auftretenden Mehrkosten, daß die ausgetretene Grenze des Personalstandes im wesentlichen bereits erreicht ist. Wennswerte Einsparnisse können daher, obwohl der Gesamtaufwand an Gehältern und Löhnen 132 Millionen Mark beträgt, nicht erwartet werden, wenn nicht an großartigen Verwaltungsreformen herangetreten wird. In diesem Sinne hat der Magistrat eine andere Zusammenfassung der städtischen Verwaltungsaufgaben in den gemeinsamen Deputationen und in den ständigen Ausschüssen der Stadtordnungs-Versammlung vorgeschlagen. Der Voranschlag besagt eine Verminderung der Anzahl der Deputationen, insbesondere bei der Bauverwaltung und eine bessere Verteilung der Arbeiten unter die Ausschüsse der Stadtordnungs-Versammlung. Eine Beschlussefassung der Stadtordnungs-Versammlung darüber wird wohl noch nicht gelegentlich der Etatsberatung stattfinden können; jedoch dürfte es sich empfehlen, daß die Stadtordnungs-Versammlung einen ihrer Ausschüsse mit der Bearbeitung der Angelegenheit betraut, vielleicht den Wirtschaftsausschuss oder eine besondere Kommission einsetzt. Wenn nach Durchführung der Magistratsvorlage ein möglichst einfacher Lauf für alle Verwaltungsaufschüsse gesichert ist, wird bestimmt mit einer Entlastung des Personals und einer Verminderung der Aufwendungen für Gehälter zu rechnen sein. In dem Voranschlag für 1922 ist diese Verminderung jedoch nicht zum Ausdruck gebracht worden, so daß sie zunächst eine stille Reserve darstellt. Daß bei unbedingender Abweichung von bisherigen Gepflogenheiten, die infolge der Zeitverhältnisse veraltet sind, wesentliche Verbesserungen in der Verwaltung und dem Druck des Etats erzielt werden. Bei der Neuregelung des Buchungsverfahrens der Stadtorverwaltung sind in den Hauptbüchern der Ämter 4400 Buchungsstellen vorgesehen worden, während in dem gedruckten Haushaltsplan nur 2900 bzw. mit 600 Zusammenfassungenstellen im ganzen

Besondere Beachtung für den politischen Teil: S. 201 ff.; für den Wirtschaftsteil: S. 201 ff.; für den letzten und wichtigsten Teil, sowie Service (auf und neben H. G.); für die Urgerichte und Reklamationen: S. 201 ff., ferner in Wiesbaden.
 Besondere Beachtung der S. 201 ff. (Gefahrenabwehr) in Wiesbaden.
 Besondere Beachtung der S. 201 ff. in Wiesbaden.

Montag — Dienstag — Mittwoch

Montag
19
Juni

Dienstag
20
Juni

Mittwoch
21
Juni

Großer Reste-Verkauf

der angesammelten Reste sowie Abschnitte in
Waschstoffen — Wollstoffen
Seidenstoffen und Baumwollwaren.

Die außergewöhnlich billigen Preise
für die auf Tischen ausgelegten
Reste sind bekannt und bieten eine
ungewöhnlich billige Kaufgelegenheit.

BLUMENTHAL.

K173

Milchpreis-Erhöhung.

Der Kleinhandelspreis für Milch wird ab
Sonntag, den 18. Juni 1922, auf 13 Mk. erhöht.
Wiesbaden, den 16. Juni 1922. F 269
Der Magistrat.

Dienstag, den 20. Juni d. J., vormittags, soll die
Grabsung von den Bienen im
„Rabengrund“

versteigert werden. Zusammenkunft vormittags 8 Uhr
vor der Leichtröschhöhle.
Wiesbaden, den 16. Juni 1922. F 270
Stadt. Grundbesitzverwaltung.

Tagblatt-Fahrplan

das Stück 1.— Mk.
erhältlich im „Tagblatt-Haus“,
Schalterhalle.

„Echte Wagner“

feinste Holstein'sche Eigelb-Pflanzenbutter
frisch eingetroffen.

Stets frischeste Ware, direkt ab Fabrik
(keine alte Lagerware) erhältlich bei

Heinrich Krück
Michelsberg 15, Ecke Conlinstraße.



Sie machen hiermit bekannt, daß das Geschäft meines
verstorbenen Vaters in unveränderter Weise weiter,
geführt wird und werden wir bemüht sein, unsere
Kundschaft zufriedenzustellen.

Frisch eingetroffen:

Ia Braunkohlen

troden gelagert

und Braunkohlen-Britetts

Marke 6 belieferungsfrei.

Bestellungen nehmen entgegen

Jr. Bartels, Dranienstraße 8

L. u. H. Bartels, Helenenstraße 24

Jos. Bartels, Dohheimer Straße 101.

Lager: Dohheimer Straße 119.

Die Tennisplätze

am
Sportplatz „Wolkenbruch“ Platter Str. 63

sind geöffnet von morgens 7 Uhr

bis abends 9 Uhr.

Telephon 4978.

Telephon 4978.

Jagd-Verpachtung.

Die hiesige Gemeindefagd, die vom 1. Okt. 1922
ab frei wird, wird am Samstag, den 1. Juli 1922,
nachmittags um 4 Uhr, in dem Lehrsaal hier,
öffentlich meistbietend auf weitere 9 Jahre ver-
pachtet. Der Jagdbezirk umfaßt 191 Hektar Wald
und 193 Hektar Feld.
Görzold, den 10. Juni 1922. F 251
Der Jagdvorsteher: Bücher.

Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt.

Wegen der Blonierübungen in St. Goar wird an
folgenden Sonntagen: 18. Juni, 9. und 30. Juli,
13. und 20. August und 3. September 1922 der
Dampfer 12 Uhr mittags ab Mainz, resp. 12.20 Uhr
ab Biedrich, auf 11 Uhr vorm. ab Mainz, resp.
11.20 Uhr ab Biedrich, also 1 Stunde früher verlegt.
Demzufolge auch die Abfahrt von den übrigen
Stationen bis Camm. F 2000

Autovermietung

Telephon 501.

Offene und geschlossene Privat-
wagen nach jeder Richtung. 584

Garage GRÜN

7 Taunusstrasse 7.

Tag und Nacht.

Tag und Nacht.

Persil bleibt Persil

In alter bewährter Güte!

geeignet für alle Arten von Wäsche

Ohne Chlor! Wäscht
bleicht und desinfiziert.

Alleinige Hersteller: HANKE & CO., DUSSELDORF, auch der altbewährten „HENKE“ (Merke)

Preis das Paket Mark 12.—

sehr reich ironisierenden Dankesworten für die An-
nahme dieser Fälsche und für die Erkenntnis, die ihr bei
Ihnen gekommen, daß auch Sie virtuos zu liegen
kam. Sie packte Sie eine Abdruck ein und adressierte Sie an
Ihnen-Redaktion.
es ist nach Schlichter mit die größte Tragik des
Lebens, daß er seine Seelenkammer zu Markt tragen
kann. — um ein paar Groschen für die
e.

Gesellschaft und Mode

Die neuesten Badeloküste. Die Modedame rükt sich allmählich für die Badelation, und da ist die Auswahl des Kostüms, in dem sie am Strande erscheint, eine Frage von großer Wichtigkeit. Seidene Badenanzüge treten diesmal zurück, man hält sie für unnothwendig, weil sie sich, nach geworden, zu eng an den Körper anhängen. Die elegantesten Badetoiletten bestehen aus schwerem Latt und sind in den lebhaftesten Farben gehalten. Man begnügt sich nicht mehr mit einem einsamen Kleid, sondern auch das Badeloküst hat ein Unterkleid, das aus Tulle und Seiden besteht, und ein Oberkleid, das einen reichgekarteten Rod besitzt. Die Röde sind reichlich mit der Ausschnitt beiseiten. Als Schmuck der Schwimmloklüste sind besonders Muscheln beliebt, und aus ihnen werden ganze Girlei angefertigt, die sehr exotisch ausseheln. Auch Sonnenbrillen, die mit Muscheln und Korallen verziert sind. Die Badelampen sind reichgeschmückte Gebilde, die die Form von großen Blumenblüten haben oder ebenfalls mit Muscheln gesiert sind. Der Bademantel besteht meistens aus Katze, ein Stoff, der immer in Form bleibt und nicht erst gebügelt zu werden braucht, wenn er nak geworden ist.

* **Zigaretten-Geistlichen.** Der Zigarettenverbrauch hat in letzter Zeit gewaltig zugenommen, und immer mehr wird der dünne „Glühmännchen“ zum eigentlichen Beherricher der Rauchmode, drängt Sagarre und Pfeife in den Hintergrund. Als ein Sinnbild unserer Zeit, deren flüchtiger, aber intensiver Genuß dem Tempo des heutigen Lebens entspricht, preißt Ludw. Sternau die Zigarette in einer feinen Glauberei des „Sittl“, der im Verlaß der angenehmen Dinge des Lebens“. Die Zigarette ist spanisches Ursprunges, hat sich aber erst spät die Weltgeltung erworben, die sie heute besitzt. Wohl zum ersten mal erwähnt sie ein französischer Edelmann Pierre de Meuville, der darüber schreibt: „Ich habe 1787 ein Abenteuer mit einer jungen Brasilianerin. Sie hatte sehr schöne Augen, eine Haut wie Kupfer und rauchte Cigarillos, nämlich Tabak in einem engen Stief Papier, und blies den Rauch in langen Strahlen mit einer Art von Rollast von sich. Sie nahm eine Tabakspule nicht an, die doch sehr guten Rauch entließ. Ich von Nikotin verätzter Atem ließ mich bald ab.“ Noch um 1850 ist die Zigarette bei uns wenig bekannt, wie das Brodhäusche Konversations-Lexikon von 1852 bezeugt, in dem es heißt: „Cigarettes oder Cigaritos heißen die spanischen Papiersgarren, welche aus einem Rollen feinen Papiers oder Reisstrokes bestehend das mit fein geschnittenem Tabak gefüllt ist; sie werden auch in Deutschland verfertigt, wo sie aber wenig beliebt sind.“ Der Sagarre der Zigarette sehen erst im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein, und zwar ist es hauptsächlich die Dichter und Künstler, die diese elegante, dem nöthigen Zug der Zeit entsprechende Form des Rauchens bevorzugten. Oscar Wilde prägt den Satz: „Die Zigarette ist der vollendete Ausdruck eines vollkommenen Genusses. Sie ist exsistirt und läßt uns unbefriedigt. Man kann man mehr verlangen.“ Auch Brahms war ein großer Verehrer der Zigarette, wie die folgende Geschichte beweist. Die der Liebertkomponist Erich F. Wolff, einer seiner Säulen erzählt, Brahms schenkte ihm einmal eine besonders gute ägyptische Zigarette, die der andere sorgfältig in seiner Brusttasche verpackt. „Warum heben Sie denn die Zigarette auf?“ fragt Brahms. „Die rauche ich nicht, man kriegt nicht alle Tage eine Zigarette von Johannes Brahms!“ „Dann gebe Sie sie mir wieder her“, meint darauf der Meister. „Darin ist eine Spott auch gut genug.“ Von Peter Altenberg wird erzählt, daß er einmal zum Arzt kam, weil er sich nicht wohl fühlte. „Rauchen Sie.“ „Ja, Zigaretten.“ „Wie viele?“ „Falsch...“ „Na also. Sie müssen das Rauchen aufgeben. Altenberg nimmt wortlos sein arins Döschen und verschwindet. Der verblüffte Arzt läuft ihm nach. „Hören Sie, ich komme ja Guben für meinen Rat.“ „Ich nehme ihn ja gar nicht an!“ laut Altenberg und geht die Treppe hinunter. Die Zigarettenwelt von heute erstreckt sich auch auf alle Gänge des Zigarettenrauchens. Eist, Spitz, Heuerhaus n. m. m. moderne Zigarettenetui glänzt in zahllosen Formen vom härtesten aus Gold, das Brillanten schmückt, bis zu den einfachen in Silber, Leder, Holz. Die Damenetuis sind winzige, das sie zusammen mit Spiegel und Puderauflage einem kleinen Täschchen getragen werden können. Die Spiemannetui eigentl. nur für die Zigarette ohne Mundstück. Frage, aber die Mode besiedelt sie nun einmal besonders Damen, und so raucht man denn auch Zigaretten mit Mundstück aus diesen langen buntfarbigen Dingen, die, mit Edelsteinen und Brillantoliertem beetzt, laßt im Samt und Seidenfutter des Maroquin-Etuis ruhen und oft mo Spielzeug schmücken als Gebrauchsgegenstände.

Welt und Wissen

Warum bringen Hufeisen Glück? Die glückbringende Bedeutung des Hufeisens ist einer der verbreitetsten Über glauben, und selbst in den aufklärtesten Großstädten findet man wohl noch die und da an der Schwelle des Hauseinganges solch ein Glückszeichen. Man hat den Ursprung dieser Vorstellung in der Antike gesucht und auf die Rolle des griechischen Seerates Neptun hingewiesen, die für heilig galten. Aber das glückbringende Hufeisen ist im eigentlichen Sinne ein germanischer Glaube und daher am natürlichsten aus der assermanischen Kosmographie herzuleiten. Wodurch ist das Pferd heilig, und in den alttestamentlichen Sagen, die den Göttervater unter der Gestalt des wilden Sägers feiern, spielt auch das Hufeisen seines Wirtes eine wichtige Rolle. Auch der Stoff war schon bedeutungsvoll, denn Eisen galt als ein Schutzmittel gegen böse Geister, gegen Kriechthiere und Dämonen. Selbst die Nagel, mit denen das Hufeisen befestigt wird, hatten einen jenseitigenden Einfluß. Etwas Geheimnisvolles lag auch in der Form des Hufeisens; es wurde nämlich in Zusammenhang mit dem mystischen Zeichen des „Drudenfußes“ gebracht. Wie dieser nur wirkt, kann ich nicht sagen, so glaubt man auch, daß das Hufeisen nur gegen böse Geister und Unheil abwehrt, wenn es mit der Richtung nach außen aufgenagelt wird. Wenn ein Hufeisen Glück bringen soll, dann muß es nach einer andern Richtung gefunden sein und genau so befestigt werden, wie es in der Augenblick des Findens lag. Ubrigens hat die Kirche schon im Mittelalter den heidnischen Glauben übernommen und so finden sich häufig Hufeisen in und an Kirchen. Es gibt auch einen besonderen Heiligen dem das Hufeisen geweiht ist, nämlich St. Eilmar, den Hufeisenschmied, und die „Legende vom Hufeisen“, der Goethe eine so schöne dichterische Form verliehen hat, läßt auch Christus seine Auferstehung auf das am Wege liegende Hufeisen richten, das dadurch einen besonderen Glanz erhebt.

* **Wandheilung bei Pflanzen.** Die Natur hat der Pflanze besondere Fähigkeiten verliehen, irgend welche Verletzungen rasch wieder zu heilen und Bestimmungslinien durch neue Triebe zu ersetzen. Wie aber diese Heilvorgänge im Pflanzenorganismus vor sich gehen, das war bisher ein Geheimnis, von dem jetzt erst die Wissenschaft den Schleier gezogen. Der Professor am Pflanzenphysiologischen Institut der Berliner Universität Bringsheim behandelt diese Erscheinungen, die die Pflanze mit Tier und Menschen nahe verwandt zeigen, in einem Aufsatze der bei Julius Springer und J. F. Bergmann erscheinenden „Klinischen Wochenschrift“. Das pflanzliche Protoplasma ist in einmum geschlossene feste Sekunda eingepaßt, und da Wandzellen bei den Pflanzen nicht vorkommen, so kann jede Heilung

von Verletzungen nur von den der Wunde benachbarten Zellen ausgehen, zu denen die Nährstoffe verhältnismäßig langsam hintransportiert werden. Die Pflanze besitzt eine große und unbestimmte Anzahl gleichartiger Organe, wie Blätter und Wurzeln, und deshalb kann die Verletzung einzelner Organe nicht gleich ihr Leben bedrohen, zumal sie die Fähigkeit besitzt, aus Stamm und Wurzel neu herauszutreiben. Bei kleineren Verletzungen geschieht die Wiederherstellung durch die Tätigkeit besonderer Wundgewebe. Beim Verlust größerer Körperteile treiben entweder vorhandene, in Reserve gehaltene Organanlagen oder es werden solche neu gebildet. Bei oberflächlichen Wunden kann man den Heilungsprozeß am deutlichsten verfolgen. Wird nur die Oberhaut verletzt, so kann sie meistens von den darunter liegenden Zellen her ergänzt werden. Da die Wunden aber gewöhnlich tiefer greifen, so erfolgt eine besondere Korbbildung, der sog. Wundkork, dessen Entstehen durch eine Art Verflüssigung bewirkt wird. Eine Kartoffel z. B., die an ihrer Oberfläche eine Korkhaut, die „Schale“, besitzt, bedeckt auch jede Wunde bald mit einem ganz gleichen Gewebe selbst wenn man sie in viele Stücke zerschneidet. Schon bei Teilen von nur etwa 50 Zellen findet man aber, daß der Prozeß der Wundkorkbildung nicht immer eintritt. Nur diejenigen Zellen, die ein Stüchchen der Knolle durchdringen den Leibbündel enthalten, bilden Kork, die anderen nicht. Es muß also von diesen Leibbündel-Zellen ein Reizstoff, ein sog. Hormon, gebildet werden, der zusammen mit der Verwundung die Zellen zur Teilung und zur Bildung von Wundkork anregt. Diese Korbbildung zu Heilungsgewebe ist von der gewöhnlichen Korbbildung, die an jedem Holzgewebe den Zweig schon durch die braunliche Färbung der zunächst grünen Oberfläche erkennbar ist, nicht grundmäßig verschieden. Dieses Wirken von Reizstoffen bei der Wundheilung hat man auch in der Medizin beobachtet. So führt Bier viele Vorgänge bei der Regeneration, besonders bei der Wundheilung, auf Hormonwirkung zurück. Die Heilung der Wunden bei Pflanzen hat also mit der beim Menschen in den Grundzügen der Vorgänge eine gewisse Ähnlichkeit.

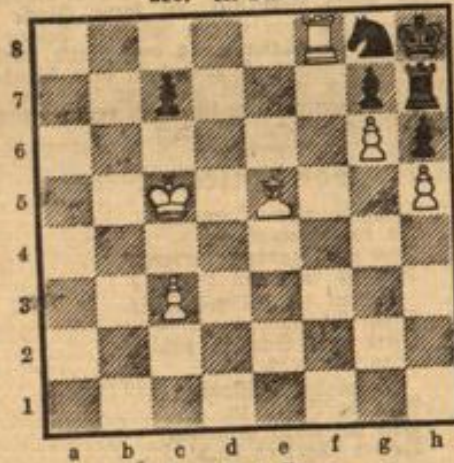
Erzeugung künstlicher Blitze: für Prüfzwecke. C. P. Steinmetz hat Apparate konstruiert und erprobt, durch die man elektrische Augenblitzentladungen mit einer Stromstärke bis zu 10.000 A bei 120 kV erzeugen und damit die Wirkung von Blitzschlägen auf elektrische Apparate studieren kann. Die Prüfung von Blitzableitern ergab z. B., daß ihr gelegentliches Versagen auf Ursachen zurückzuführen ist, die sehr verschieden sind von den bisher angenommenen. Die Apparatur besteht aus einem aus 200 profilierten Glasplatten hergestellten Kondensator, welcher mit gleichgerichteter, hochgespannter Elektrizität aufgeladen wird. Zur Erzeugung des Stromes dient ein besonders konstruierter „Blitz-generator“. Obwohl die bei der Entladung aus diesem Kondensator auftretende Spannung und Energie nur etwa $\frac{1}{1000}$ eines wirklichen Blitzschlages betragen, ist die Wirkung doch bereits stark genug, um Holzstäben und Baumäste zu versplintern.

Spiele und Rätsel

Schach.

Beurteilt von R. Wedesweiller

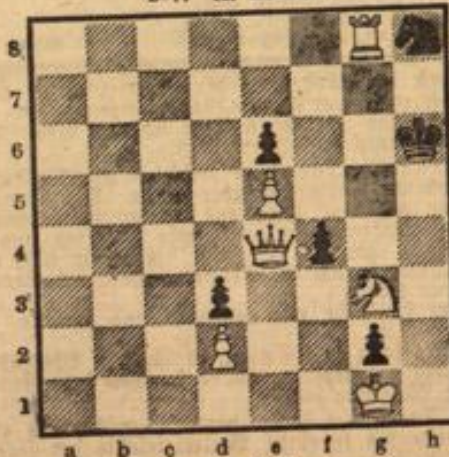
296. A. Pariser.



Matt in 5 Zügen.

Weiß: Kc5; Tf8; Le5; Bc3, g6, h5;
Schwarz: Kh8; Th7; Sg8; Bc7, g7, h6.

257. A. Elkhan.



Matt in 2 Zügen.

Weiß: Kg1; De4; Tg3; Sg3; Bd2, e5;
Schwarz: Kh6; Sh8; Bd3, e6, f4, g2.

296. Recht hübsch erdacht und nicht schwer. Mit indischem Einschlag. In der Hauptsache ein Duell zwischen Läufer und Springer. — 297. Auch leicht, doch sehr elegant (Zugzwang).

Die saragossanische Eröffnung. (1. c3.)

Die Schachspalte berichtete schon vor längerer Zeit von der neuen Eröffnung, die im schönen Spanien aus der Taufe gehoben wurde. Das Kind wollte aber nicht recht gedeihen. Da erinnerte man sich, daß in Deutschland immer noch die besten Spezialisten, auch für Schachkrankheiten, zu finden sind. So setzten sich denn auf Einladung spanischer Schachfreunde, die auch die Kosten dieses theoretischen Turniers bestritten, im Mai d. J. in Mannheim Großmeister Tarrasch und die Meister Mieses und Leonhardt an den Schachisch und eröffneten ihre Partien saragossanisch. Tarrasch gewann mit 3¹/₂ Zählern den 1. Preis (6000 Mk.), Leonhardt mit 1¹/₂ Zählern den 2. Preis (5000 Mk.); Mieses, der nur eine Partie gegen L. gewinnen konnte, mußte sich mit dem 3. Preis (4000 Mk.)

Neue Bücher

* Hans W. Jäger: „Die Schädelkappe“. Von Menschen und Rassen. (Kosel u. Co., Verlag, München.) Hans W. Jäger, der im „Schlemerparadies“ so geistvoll über persönliche Lebensnatura! plaudern konnte, geht in seinem neuen Buche zu allgemeiner gehaltenen Plaudereien über Dinge und Menschen über. Vom Erlebnis der Rede fürcht er nicht dem Schicksal irischer Zusammengehängter ist hier die Rede. Fürchtet er nicht das Schicksal irischer Zusammengehängter? Die menschlichen Rassen sind, wobei der Unterschied äußerlich nicht deutlich ist, sein Hauptstück, zu gegebenener Zeit aber erkennbar wird. Diese beiden Kategorien von Weißbürgern, die natürlich überall neben einander wohnen, veranlassen Jäger auf einer Reihe von Beispielen und Handlungen, die sie charakteristisch machen, eine eingehende Betrachtung. Aber Jäger begnügt sich nicht allein mit sachlicher Darstellung, sondern auch mit poetischen Ausdrücken. Er versucht es mit Genuß lesen und Rassen über der Letztere vielleicht ihre Natur erkennen lassen. So heißt es am Ende des Buches:

G.

• **Kusnelma Heine: "Gürtelkämpfer"**. (Verlag W. Rein, Berlin.) Das neueste Buch Kusnelma Heines gibt Psychologie des künstlerischen Schaffens, dem es die in tiefer und feiner Erregungen folgt, Künstlerleben, das in der Form des Roman einer Liebenden. Eine Bildhauerin hat die Figuren eines Totenkopfes gearbeitet, auf die sich der "Gürtelkämpfer" bezieht, die Gestalten eines Mannes und eines Weibes. Sie sind mit dem Gürtel zusammenschneidet wie Bezauberte. Ihre Kraft auf äußerer Spannung, hemmen sie sich gegenseitig. Sie bedeuten den Kampf von Seele und Sinnlichkeit. Über persönliches Erleben ist dieser Antagonismus zum Problem der Kunst. Der epischen Form. Kusnelma Heine zeigt sich hier wieder als eine Meisterin der epischen Form.

*) Dr. Hans Simon: Wie entsteht eine Zeitung? Tagebuchblätter eines Rebellen. (Dürst u. Weter m. K. S., Leipzig). Das interessante Schicksal führt in unterhaltender Weise in die Geheimnisse eines modernen Zeitungsbetriebes ein und zeigt den komplizierten reaktionellen und technischen Apparat an Hand anschaulich schildernder Plaudereien und technischen Erörterungen. Es ist eine Brücke zum Verständnis zwischen Publikum und Presse, die erfüllt seinen Zweck ebenso trefflich wie die bisherigen Ausgaben der „Zeitungsbücherei“, welcher Sammlung es als 58. Band anreicht.

angehört.
 * Alfred Reppold Müller: „Deine gehaltende Seele und dein Stolz“. (Verlag „Geistesforschung“, Leipzig.) (Eutrichs.) Ein kesselfendes Buch, das uns zeigt, wie die zugehende Seele großer Schöpfer den Stoff formte und wie gerade diese besondere Fügung ihren Schöpfen voll entsprach. Der besondere Wert des Buches besteht darin, daß es ermöglicht, durch die schönen Formen hindurch zu blicken, einen verführerischen Stil zu durchschauen, bloßen Aufspatz herunterzulegen und sich Trugschlüssen des täglichen Lebens zu entziehen. Die geübte Aufgabe, erschöpfend die Hauptstilmittel der Weltliteratur einschließlich Impressionismus, Expressionismus und neuester Kunst mit eindringenden Flecken darzustellen, ist aufs Beste gelöst.

begnügen. Und das Resultat der theoretischen Untersuchung? Das Kind ist lebensfähig, und „der Name „Saragossa“ hat begründete Aussicht, in der Schachliteratur in Ehren sich einzureihen.“ Alapin, der bekannte Theoretiker, schreibt weiter: „Wer also nicht ausschließlich dem sportmäßigen Klimbim, der leider auch im Schach eingerissen ist, seine Liebe schenkt und wer auch vergleichende Eröffnungskunde des öfteren anwendet, der wird gerade in der verdienstvollen saragossanischen Eröffnung eine wahre Fundgrube lehrreichster Illustrationen der Bedeutung des Begriffes „Tempo“ (als Spezialfall: Anzugstempo) entdecken.“

Partie Nr. 121. Saragossanisch.)
Aus dem Mannheimer theoretischen Turnier.

1. c3, f5 (d5 gilt für besser, auch e5 kann kommen)
2. d4, e6; 3. g3, d5; 4. Lg2, Ld6; 5. Sh3, Sd7; 6. Lf4,
*Lx14; 7. Sx14, Df6; 8. Sd2, Sh6? (c6 nebst e5 war hier
besser) 9. Sf3, S7; 10. Dd2, 0-0; 11. De3, Sb6; 12. b3,
Ld7; 13. 0-0, Ta8; 14. Sd3, Sd6; 15. Se5 (Weiß hat sein
Ziel erreicht, der entscheidende Vorstoß auf der c-Linie
beginnt.) Se1; 16. c4! Lc8; 17. c5, Sd7; 18. c6, bxc6;
19. Sxc6; a6; 20. Tacl, g5; 21. Lxe4, dxe4; 22. Sxd7,
Lxd7; 23. Se5, Le8; 24. f4, gxf4; 25. Dxf4, Lb7; 26. e3,
Ld5; 27. Tc5; Td7; 28. Tfcl, Ta8; 29. Sc6, Tf7; 30. Sb4,
c6; 31. Sxc6, Aufgeben.

Lösungen.

292. 1. S45, g4; 2. Se7; 1., $e \times f5$, 2. Dd6;
1., $K \times f5$; 2. Dd4; 1., $e \times d5$, 2. De3+; 1.,
 $K \times d5$; 2. Se3+; 1., $\text{Se}2$, 2. Dd4+; (Hat alleseitig gefallen).
293. 1. S44 Löserliste: Die Herren F. S., H. R., A. Di.,
J. B.; Zu beiden; Dr. B. (293.); L. M. (292.).

Briefkasten.

Dr. Schm.: Antwort für Sie liegt in der Tagblattzentrale.

Rätsel.

Quadraträtsel.

A, A, E, E, Nebenstehende Buchstaben sind in ein
E, E, H, H, 4x4 Quadrat derart zu ordnen, daß
L, L, L, M, die senkrecht und wagrecht laufenden
M, O, O, K. Reihen gleichlautend sind. T.

Bilderrätsel.



Rückläufig.

Nimm aus dem Alphabet zwei Zeichen,
Verdopple sie und stell sie recht,
Daß sie sich vor und rückwärts gleichen,
Dann kennt sie jeder Bauernknecht.

Die Namen der zehn ersten Einsender sämtlicher Rätsellösungen werden in der nächsten Unterhaltungsbeilage veröffentlicht.

Auflösungen der Rätsel in Nr. 268:

Auflösungen der Rätsel in Nr. 208:
Silbenrätsel: Seegras. — Besuchskartenrätsel: General-
stabsarzt. — Scherzfrage: Sechs Augen.
Richtige Lösungen sandten ein: Erika u. Gertrud Madsack in
Wiesbaden.